

# Danziger Zeitung.

Nr. 15773.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Insolite Kosten für die Petitionen.

1886.

V E C T E M E R E N O C T I M I D E

## Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten auswärtigen Abonnierten bitten wir, die Bestellungen auf die "Danziger Zeitung" für das nächste Quartal rechtzeitig aufzugeben, damit keine Unterbrechung in der Verbindung eintrete. Die Postanstalten befördern nur so viele Exemplare, als bei denselben vor Ablauf des Quartals bestellt sind.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Der Abonnementspreis beträgt für die mit der Post zu versendenen Exemplare pro 2. Quartal 1886 5 Mark, für Danzig incl. Bringerlohn 5 M. 25 Pf. Abgeholt kann die Zeitung werden für 4 M. 50 Pf. pro Quartal:

Kettnerhagergasse Nr. 4 in der Expedition, Alte Geistgasse Nr. 47 bei Herrn G. Henning, Neuer Geist- und Al. Krämergasse-Ecke bei Herrn Restaurateur Liedtke, Hinterm Lazareth Nr. 3 bei Herrn Restaurateur Groß, Kohlenmarkt Nr. 32 bei Herrn J. v. Glinski, Brodbänk- und Fürstengasse-Ecke bei Herrn R. Martens, Kastnischen Markt bei Herrn Winkelhausen, Langgarten Nr. 4 bei Herrn A. Wiens Nachf., Langgarten Nr. 102 bei Herrn A. Ling, Paradiesgasse Nr. 14 bei Herrn D. Tschirsky, Pfefferstadt Nr. 37 bei Herrn A. Beyer, Poggendorf Nr. 48 bei Herrn Pawlikowski, Poggendorf Nr. 23 bei Herrn Kirchner, Hohe Segele Nr. 27 bei Herrn Wolf, Ramannstr. Nr. 30 a. bei Herrn Herrmann, Weidengasse Nr. 32 bei Herrn v. Koltow.

## Politische Übersicht.

Danzig, 31. März.

## Die zweite Lesung des Socialistengesetzes.

Wider Erwarten hat die Majorität des Centrums in der vorigestrichenen Fraktionssitzung den Beschluss gefasst, die Anträge Windthorst wegen Abänderung des Socialistengesetzes bei der zweiten Berathung im Plenum doch wieder einzubringen, gleichzeitig aber für den Fall der Ablehnung der Anträge oder des Gesetzes mit den Anträgen eine von dem Abg. v. Hertling vorgeschlagene Resolution wegen Verlängerung des jetzigen Gesetzes auf 2 Jahre. Es ist demnach dafür gesorgt, daß, wenn das Gesetz überhaupt verlängert wird, das Verdienst des Centrums um diese Verlängerung nicht in den Schatten gestellt werden kann.

Die Annahme, daß der Verlauf der 2. Berathung im Plenum derselbe sein werde, wie in der Commission, erweist sich als nicht zutreffend. Die freisinnige Partei wird voraussichtlich geschlossen von vornherein gegen die Anträge Windthorst stimmen, da sie nicht gewillt ist, das nach diesen Anträgen modifizierte Gesetz auf 2 Jahre in Kraft zu erhalten. Da die Sozialdemokraten sich den Anträgen Windthorst gegenüber der Abstimmung enthalten, von den Cläffern nur 3 Mitglieder anwesend und auch die Polen nur schwach vertreten sind, so haben die Windthorstschen Anträge keine Aussicht auf Annahme. Mit um so größerer Spannung sieht man der Abstimmung über die Regierungsvorlage entgegen.

Die gestrige Berathung, welche formell an den Antrag Windthorst anknüpfte, welcher die Bestimmung im S. 9, wonach ein vorheriges Verbot angeblich sozialdemokratischer Versammlung zuläßt, aufzulösen will, drehte sich zu einem nicht geringen Theil um die Verfuhrung des Ministers v. Puttkamer, die belgische Arbeitbewegung zu Gunsten der Verlängerung des Socialistengesetzes zu frustrieren. Die angekündigten Entschlüsse über einen Zusammenhang der belgischen Bewegung mit der deutschen Sozialdemokratie blieben aber aus, was Herr Windthorst besonders hervorhob, der im übrigen die Auffassung bekämpfte, daß Belgien, wenn es ein Politgegesetz ist, beßere, vor Arbeitervolken geschützt sein würde.

Der letzte Theil der Sitzung artete in einen Wortkampf zwischen Bebel und Stöcker und Stöcker und Singer aus, bei welchen der Präsident Ordnungsruhe nach allen Seiten austheilte. Herr Stöcker, der wieder einmal drohte, sich über das Verhalten der preußischen Richter in dem Prozeß Stöcker-Bäcker kritisch auszulassen, ging aus dem Gesetz nicht gerade als Sieger hervor. Man hofft heute die zweite Berathung zum Abschluß zu bringen, bei der zunächst ausschließlich über die Windthorstschen Anträge auf Abänderung des bestehenden Gesetzes, nicht aber die einzelnen Paragraphen des bestehenden Gesetzes abgestimmt wird. Erst am Schlusse der 2. Berathung wird über die Anträge auf Verlängerung des Gesetzes auf 5 oder auf 2 Jahre abgestimmt werden und damit schon die Entscheidung für die dritte Berathung gegeben sein, zu der ein Anlaß nur dann vorliegt, wenn eine Verlängerung des Gesetzes erfolgt.

Die heutige Sitzung wird demnach über das Schicksal des Socialistengesetzes endgültig entscheiden. Der Eventualantrag des Abg. v. Hertling ist, was bei zweiten Berathungen zulässig, nur von diesem eingebrochen und nicht weiter unterstützt.

## Neue Stellungnahmen.

Die Spannung auf den Ausgang der für gestern Morgen angelegten Berathung der Herrenhauscommission für die kirchenpolitische Vorlage ist noch nicht gehoben. Denn die für 11 Uhr anberaumte Sitzung wurde vorläufig bis zum Abend verlegt. Unser Berliner Correspondent schreibt hierzu unter dem gestrigen Datum:

Der erwartete Bescheid aus Rom, bezüglich der diesseitigen, die Anzeigepflicht betreffenden Forderungen, war noch nicht eingegangen, aber die Aussicht vorhanden,

den Bescheid noch im Laufe des Tages zu erhalten. Ich höre mit Besinnlichkeit, daß der Bischof Kopp Alles aufgeboten hat, um die Einwilligung der Curie für die höchsten sehr gemäßigten Forderungen zu erlangen, und daß der Bischof, falls seinen Vorstellungen bei seiner höchsten Instanz nicht Rechnung getragen würde, gemäß war, die Rückreise nach Fulda noch heute anzutreten. Der Bischof Kopp hat jedenfalls, wie sich die Dinge auch gestalten mögen, durch sein Verhalten sich die allzeitige Anerkennung und Vergebung erworben. Es wird immer wieder darauf hingewiesen, daß das gänzlich mangelnde Verständniß der deutschen Sprache seitens des Papstes die ganze Vermittelung in die Hand des Cardinals Melchers legt, welchem man die Schuld an dem vergrößerten Zustandekommen eines friedlichen Zusichtsvertrages zuschreibt. Andere Stimmen erheben sich gegen den Bischof Dr. Korum von Trier und meinen auch diesem einige Schuld an den ständigen Friedensverhandlungen bei. Gegenüber dieser Meinung steht der gesammelte deutsche Episcopat mit nicht gerade großer Gönnermiene auf die bedeutsame Mission, welche dem Dr. Kopp zu Theil geworden ist, und aus dieser Stellung heraus erklären sich auch weitere gegnerische Bemühungen bei dem Papste.

Tritt die gewünschte Zustimmung aus Rom nicht ein, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß die ganze Angelegenheit in der Commission begraben bleibt. Käme andererseits aber die Sache zur Plenarberathung, so wäre es sicher, daß dann der Entwurf bereits im Herrenhaus scheitert. Die Hoffnungen auf das Zustimmen waren heute ungemein herabgesunken und die Stimmung eine ungemein gedrückte.

Auch von anderer Seite wird uns geschrieben, daß die nochmalige, wenn auch kurze Beratung der Berathungen in der kirchenpolitischen Commission des Herrenhauses selbst in den der Regierung freundlich gesinnten Kreisen sehr verstimmt hat. Man ist nachgerade des Hin- und Herzvers münd. Ob Bischof Kopp gestern Abend in der Lage gewesen sein wird, definitive Erklärungen bezüglich der Stellung der Curie zu der Frage der Anzeigepflicht abzugeben, wird maßgebend für die Entscheidung darüber sein, wann die Vorlage an das Plenum des Herrenhauses gelangt.

## Die neue Braunitweinstuer.

In parlamentarischen Kreisen ist bisher über die neue Braunitweinstuervorlage nur so viel bekannt, daß dieselbe in einer Combination der Maischraumsteuer mit einer Consumenteuer besteht. Bezüglich der Maischraumsteuer hört man daß von der in Aussicht genommenen Erhöhung nach dem Vorgange der bairischen Gesetzgebung die kleineren, namentlich die landwirthschaftlichen Brennereien ausgenommen seien werden. In Bayern kommt diese besondere Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Brennereien freilich fast ausschließlich Obst- und Kornbrennereien zu Gute. Gleichwohl hat die Begünstigung jetzt bereits zur Folge gebracht, daß die einzige große industrielle Brennerei bei Regensburg sich in eine genossenschaftlich umgewandelt hat, um sich die den landwirtschaftlichen Brennereien gewährten Vortheile zu sichern. Wie ähnliche Bestimmungen auf die norddeutschen Braunitweinstuerren wirken werden, namentlich wenn auch den landwirtschaftlichen Brennereien die erhöhte Exportprämie gewährt wird, ist eine für die finanzielle Bedeutung des Gesetzes wichtige Frage. Die in Aussicht genommene Consumsteuer soll sich in möglichsten Grenzen bewegen. Über die Veranlagung derselben fehlen noch bestimmtere Angaben. Nach dem amerikanischen System wird die Consumsteuer befähigt bereits in den Fabriken bei dem Uebergang des Braunitweins in den Verkehr erhoben.

## Die Polenfrage im Staatsrath.

Die einberufenen Abtheilungen des preußischen Staatsraths werden heute zur zweiten Sitzung zusammentreten. Beschlüsse sind bis jetzt noch nicht gefasst. Über die gestrige Sitzung schreibt uns unser Berliner Correspondent, daß von einer sehr einheimischen und hochinteressanten Rede des Kronprinzen über die Polenfrage verlautet, die in ihr gehalten worden sei. Wie sich die Einrichtung der Immediatkommission für die Ansiedlungen gestalten wird, ist noch nicht recht abzusehen. Die eine Richtung will, daß die Commission ihren Sitz in Berlin unter einem besonderen Vorsitzenden haben soll, die andere möchte den Vorsitz nach Polen verlegen, wo dann der Oberpräsident den Vorsitz führen sollte. Man glaubt übrigens, daß das Amt eines Vorsitzenden dem jetzigen Regierungspräsidenten Herrn v. Tiedemann übertragen werden dürfte.

## Ein verfehlter Discreditorungsversuch.

Nach dem Vorbild des Finanzministers v. Scholz, der bei der 2. Berathung des Braunitweinsturompols die Petitionen gegen das Monopol, welche an den Reichstag gelangt sind, durch die Beschreibung einer Frankfurter Petition zu discreditiren versuchte, welche wegen eines Formfehlers — die Druckexemplare enthielten nicht den Namen des Druckers und Herausgebers — mit Beschlag belegt und deshalb überhaupt nicht an den Reichstag gelommen ist, hat der Reichstagabgeordnete Geheimrat Camp eine in ihrer Art verhindrende Rettung an den Petitionen gebracht, welche wirklich dem Reichstag zu Händen gekommen sind. Herr Camp versicherte u. a., in einer Petition aus Süddeutschland habe er unter den 3700 Unterzeichnern nicht einen einzigen Namen aus gebildetem Stande gefunden. Eingerichtet sei die Petition von einem Polen, er habe diesem Polen nichts hinzuzufügen. Für die Gründlichkeit mit der Herr Camp seine Studien über die Petitionen gegen das Monopol angeführt hat, ist namentlich diese letzte Bemerkung von Interesse. Die Petition des Frankfurter Volksvereins, von der Herr Camp sprach, ist nicht von einem Polen eingereicht, sondern von Herrn Köhl, Schriftführer, d. h. von dem früheren Reichstagabgeordneten der Volkspartei, Herrn Kögl. An zweiter Stelle hat die Petition eingereicht Herr Dr. Neudecker, der, obgleich nach Herrn Camp den gebildeten Ständen nicht angehörig, außerordentlicher Professor ist. Aber vielleicht wird Herr Camp sich

auf die Behauptung zurückziehen, er habe nicht die Urheber der Petition, sondern die Unterzeichner gemeint. Da die Petition fast ausschließlich aus ländlichen Kreisen stammt, so kann man natürlich nicht erwarten, daß sich unter den Unterzeichnern vorwiegend Geheimräthe und Professoren und der gleichen "Gebildete" befinden; aber man kann sich, constatirt die "L. C.", bei Durchsicht der Unterchriften überzeugen, daß die Vertreter der sog. "gebildeten Stände", welche auf dem Lande in der Regel anzutreffen sind, wie Aerzte, frühere Bankiers, die jetzt in der bescheidenen Rolle als Jagdpächter unterzeichnet sind, es nicht verabschätzt haben, ihre Namen neben diejenigen der Bauern zu setzen, welche die hohen Herren zwar als "Bruder Bauer" in den Himmel erheben, wenn sie sich zu ihren Zwecken gebrauchen lassen, die sie aber, nach Herrn Camp, als Ungebildete, als "misera contribuens plebs" verächtlich bei Seite stieben, wenn sie von der Begünstigung der deutschen Nation mit Monopolen nichts wissen wollen. Wir wünschen Herrn Geheimrat Camp, daß ihm bei der nächsten Neuwahl nur Angehörige der "gebildeten Stände" ihre Stimme geben.

## Die Revolution in Belgien.

In der gestrigen Sitzung der belgischen Deputirtenkammer ergiff der Minister Beernaert das Wort zu Mitteilungen über die industrielle Krise, die zu den tief belästigenden Vorgängen der letzten Tage geführt habe. Die Arbeiter klagen über unzureichende Lohn und verlangten eine Verkürzung der Arbeitszeit. Die Errüttlungen aus der Ausbeutung der Kohlengruben seien indes äußerst spärliche, in den letzten 8 Jahren habe das dabei interessierte Kapital nur 1 p. C. ergeben; und wenn man das den Arbeitern zufüllen lassen wolle, so würden diese daraus doch nur einen Mehrverdienst von 6 Centimes täglich haben. Der Minister gab sodann eine Darstellung der Vorgänge, bei denen sich die Hefe des Volks beteiligt habe. Durch die am 18. März in Lüttich vorgekommenen Ruhestörungen seien die Behörden überrascht worden, am 20. aber seien Truppen requirirt und die Ordnung sei sofort wiederhergestellt worden. Auch die Unterdrückung der am 26. d. Mts. im Kohlenbeden von Charleroi stattgehabten Misshandlungen und Zerstörungen habe nicht auf sich warten lassen. General van der Smissen habe bereits am 27. mit 12 Bataillonen und 9 Escadrons in dem Kohlerevier von Charleroi gestanden. Man mache der Regierung den Vorwurf, daß sie den Effectivstand des Heeres zu sehr verringert habe; der Effectivstand betrage 44 750 Mann. Am 27. d. sei die Einberufung weiterer zwei Klassen der dienstpflichtigen Mannschaft angeordnet, dieser Befehl sei in rascher Ausführung begriffen. Man müsse jetzt an die Zukunft denken. Die Regierung werde dies in aller Ruhe thun und nach Mitteln suchen, den Arbeitern zu helfen und Arbeit für sie zu finden. Nicht die Arbeiter seien es, denen man die vorgekommenen Verwüstungen zuzuschreiben habe. Die Regierung werde einen Credit von 43 Millionen fordern; man sei beschäftigt mit den Vorarbeiten für den Bau von Vicinallinien und noch vor dem Ende des Jahres würden 352 Kilometer dieser Linien dem Betriebe übergeben werden können.

Im übrigen sehen die Dinge noch immer äußerst trübe aus. In Tournai ist gestern eine Anzahl Strikender in die Stadt eingedrungen und verlangt von den Besitzern der Steinbrüche eine Erhöhung der Löhne sowie schriftliche Verpflichtungen der Arbeitgeber. Der größte Steinbruchbesitzer der Umgegend hat sich darauf hin bereit erklärt, die Löhne zu erhöhen. Aus Antoing wird gemeldet, daß zahlreiche Abtheilungen Strikender die ländlichen Dörte durchziehen und zur Arbeits-einstellung auffordern. In Charleroi verließ der gestrige Tag zwar ruhig; dagegen brach, einer Meldung der "Nat. Ztg." zufolge, in der Nähe von Mons auf der Zeche Basscoup eine Revolte aus. Die Truppen mußten zweimal einschreiten; das erste Mal wurden zwei Personen getötet, das zweite Mal erfolgten 15 Verwundungen.

Große Besorgniß herrscht in Paris, daß die belgische Bewegung sich nach Frankreich fortsetzen könnte. Die belgische Regierung kämpft gegenwärtig für die Ruhe Europas und wir bauen, daß es ihr gelingen wird, jener Rotte von Verbrechern den Kopf zu zertragen. (Beifall rechts.) In Belgien bestehen mehrere sozialdemokratische Blätter, die Verlammungsrecht ist ein sehr großes, die Aufreizung der Massen in revolutionär Weise ist erfolgt, ohne mit dem Strafgesetz zu collidieren — ich behaupte, daß neben einigen anderen Momenten vor Allem der Missbrauch des Presz- und Versammlungsrechts zu diesem Aufruhr geführt hat. Bei allen Verhafteten ist außer dem Revolver auch eine Broschüre mit rotharmem Umschlag gefunden worden. Die Broschüre ist vom Verbrecheren den Kopf zu zertragen. (Beifall rechts.) In Belgien bestehen mehrere sozialdemokratische Blätter, die Verlammungsrecht ist ein sehr großes, die Aufreizung der Massen in revolutionär Weise ist erfolgt, ohne mit dem Strafgesetz zu collidieren — ich behaupte, daß neben einigen anderen Momenten vor Allem der Missbrauch des Presz- und Versammlungsrechts zu diesem Aufruhr geführt hat. Bei allen Verhafteten ist außer dem Revolver auch eine Broschüre mit rotharmem Umschlag gefunden worden. Die Broschüre ist vom Verbrecheren den Kopf zu zertragen. (Beifall rechts.)

Die Übersicht zeigt die Dinge noch immer äußerst trübe aus. In Tournai ist gestern eine Anzahl Strikender in die Stadt eingedrungen und verlangt von den Besitzern der Steinbrüche eine Erhöhung der Löhne sowie schriftliche Verpflichtungen der Arbeitgeber. Der größte Steinbruchbesitzer der Umgegend hat sich darauf hin bereit erklärt, die Löhne zu erhöhen. Aus Antoing wird gemeldet, daß zahlreiche Abtheilungen Strikender die ländlichen Dörte durchziehen und zur Arbeits-einstellung auffordern. In Charleroi verließ der gestrige Tag zwar ruhig; dagegen brach, einer Meldung der "Nat. Ztg." zufolge, in der Nähe von Mons auf der Zeche Basscoup eine Revolte aus. Die Truppen mußten zweimal einschreiten; das erste Mal wurden zwei Personen getötet, das zweite Mal erfolgten 15 Verwundungen.

Große Besorgniß herrscht in Paris, daß die belgische Bewegung sich nach Frankreich fortsetzen könnte. Die belgische Regierung kämpft gegenwärtig für die Ruhe Europas und wir bauen, daß es ihr gelingen wird, jener Rotte von Verbrechern den Kopf zu zertragen. (Beifall rechts.) In Belgien bestehen mehrere sozialdemokratische Blätter, die Verlammungsrecht ist ein sehr großes, die Aufreizung der Massen in revolutionär Weise ist erfolgt, ohne mit dem Strafgesetz zu collidieren — ich behaupte, daß neben einigen anderen Momenten vor Allem der Missbrauch des Presz- und Versammlungsrechts zu diesem Aufruhr geführt hat. Bei allen Verhafteten ist außer dem Revolver auch eine Broschüre mit rotharmem Umschlag gefunden worden. Die Broschüre ist vom Verbrecheren den Kopf zu zertragen. (Beifall rechts.)

Die Orientfrage.

Nachdem die diplomatischen Agenten der Mächte dem Fürsten Alexander von Bulgarien die Abstimmung des italienischen Antrages mitgetheilt und die Notwendigkeit dringend hervorgehoben haben, die Abkommen-klau zu akzeptieren, durch welche der Fürst von Bulgarien auf 5 Jahre zum General-gouverneur von Ostrumellen bestätigt wird, soll gestern ein außerordentlicher Ministerrath stattgefunden haben, um die Situation in eingehender Erwägung zu ziehen. Man hofft allgemein, daß Fürst Alexander die Nachtläge der Mächte befolgt.

## Zu den Streiks in der Union

wird aus Newyork vom 29. März gemeldet, daß eine Konferenz zwischen den Directoren der Gould'schen Südwest-Eisenbahn und dem Arbeiter-Großmeister der "Ritter der Arbeit" darin resultirt hat, daß vorbehaltlich der schiedsgerichtlichen Entscheidung, der die Eisenbahn-Gesellschaft zugestimmt hat, Befehle zur Wiederaufnahme des Betriebs erlassen würden. Das Schiedsgericht sollte am denselben Tage ernannt werden. Sämtliche Streikenden, mit Ausnahme derjenigen, die sich der Eigentumserwerbung schuldig gemacht haben, werden jetzt zur Arbeit zurückkehren. Der Strike wird als beendet angesehen.

Zur zweiten Berathung steht der G. C. betreffend die Verlängerung des Socialistengesetzes bis zum 30. September 1891 (um 5 Jahre), dessen Ablehnung die Commission dem Haufe empfiehlt. Gleichzeitig stehen die von der Commission im Einzelnen angenommenen, bei der Schlafabstimmung aber mit der Regierungsvorlage abgeleiteten Änderungsanträge des Abg. Windthorst wieder zur Berathung und für den Fall ihrer Ablehnung ein Antrag v. Hertling, die Gültigkeitsdauer des Socialistengesetzes bis zum 30. September 1888 (um 2 Jahre), zu verlängern.

Referent Trippen (Cent.) schildert den Verlauf der Verhandlungen in der Commission und die ablehnende Haltung der verbündeten Regierungen gegen alle Änderungsanträge, mit Ausnahme eines auf Abkürzung der vorgeschlagenen Verlängerungsfrist gerichteten.

Minister v. Puttkamer: zunächst habe ich im Namen der verbündeten Regierungen unserer Bedauern darüber auszusprechen, daß es dem Abg. Windthorst nicht gefallen hat, auf seine Anträge zu verzichten. Gegenüber einer Gelehrtevorlage von so einschneidender Wirkung gibt es nur ein Für oder Wider. Diejenigen, welche bisher die Notwendigkeit energetischer Sicherheitsmaßregeln anerkannt haben, müssen auch für die Verlängerung

ich spreche jetzt nicht von der Frist des unveränderten Gesetzes eintreten. Ich habe wiederholtermaßen erklärt,

dass dieses Gesetz erzielich wirken soll und dass diese Wirkung auch erreicht wird. Aber diese Wirkung kann erreicht werden nur durch die Strenge dieses Gesetzes, nicht aber durch ein abgenügtes Gesetz, das nur die Agitation der Sozialdemokratie fördert und die Ruhe gefährdet würde. Die ablehnende Haltung der Regierungen in der Commission ist sehr abfällig beurtheilt worden — aber die Regierungen haben doch wirklich keinen Gefallen daran, die Polizeigewalt zu übernehmen; wenn die Volksvertretung die Regierungen verantwortlich macht für die Ruhe des Landes, dann müssen wir auch verlangen, daß die Waffe, die man uns zu diesem Zweck giebt, nicht stumpf gemacht werde. Die Verantwortung, die nach Ablehnung dieses Gesetzes auf Dienstleuten fällt, welche die Regierung verabschiedet, ist besonders in diesem Momente eine sehr große.

Die Diskussion kam heute nicht geführt werden, ohne unseres schwergeprüften Nachbarn im Westen zu gedenken. (Beifall rechts; Aha! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre pflichtver

menschlicher Weise den Übergang zum gemeinen Recht an. Alle anderen Parteien im Hause sind bereit, wo sich nur ein Anlaß dazu findet, die Socialdemokraten aufs entschiedenste zu bekämpfen. Wir erkenntn aber andererseits an, daß manche der sozialdemokratischen Bestrebungen auch berechtigt sind, und so weit wir dies anerkennen, werden wir fortfahren, für die Verbesserung der Lage der Arbeiter zu wirken. Nicht auf die Macht, den Widerstand zu brechen, kommt es an, sondern darauf, daß man die Weisheit hat, die Dinge so zu leiten, daß überhaupt kein Widerstand entsteht. Gerade deshalb bedauere ich so sehr, daß die Regierung mit aller Starrheit an ihrer ursprünglichen Vorlage festhält. Ich bedauere ferner, daß der Minister nicht aus den Ereignissen in Belgien die Nutzamkeit zieht, daß vor allen Dingen alle Hindernisse aus dem Wege geräumt werden müßten, welche bei uns noch für die freie Entwicklung der religiösen Institutionen bestehen; daß wäre das wirksamste Kampfmittel gegen die Socialdemokraten. In Belgien herrschte seit vielen Jahren ein absoluter Liberalismus, ein freimaurisches Regiment! (Befürchtung im Centrum; lebhafter Widerspruch rechts.) Uebrigens kann der Minister nicht ohne Weiteres aus dem Umstände, daß irgendwo eine Revolution ausbricht, folgern, daß sie auch in einem anderen Lande ausbrechen werde; es ist insbesondere nicht zu verkennen, daß in Belgien nicht die Socialdemokraten als solche an der Arbeit sind, sondern die Anarchisten. Meine Freunde und ich sind bereit, jede nothwendige Maßregel gegen den Anarchismus zu unterstützen. Ich glaube, wenn die Socialdemokratie bei uns in Deutschland einmal zur Gewalt schreiten will, wird sie über das Socialistengesetz nicht stolpern. Man kann sogar sagen, daß das Socialistengesetz gerade den Anarchismus fördert; denn es zwingt die Socialdemokratie, sich in ein gewissem Dünkel zu hüllen. Endlich wird das Socialistengesetz auch nicht allein unannehmbar gefunden von der Socialdemokratie, sondern vom gesamten Arbeiterstande. Die Arbeiter finden in dem Gesetze eine ungerechte Beschränkung ihres Wirkungskreises zu Gunsten der höheren Stände (Sehr richtig! im Centrum). Ich hoffe, meine Ausführungen werden der Arbeiterbewegung klar gelegt haben, daß wir bereit sind, dieses Ausnahmegericht allmählich wieder zu beseitigen. Weist man unsere Anträge zurück, so wird man die Verantwortlichkeit zu tragen haben. (Beifall im Centrum.)

Minister v. Puttkamer: Ich erkläre nochmals ausdrücklich: die verbündeten Regierungen halten die Anträge Windhorst für durchaus ungenügend. Der Vorredner sagt, die Regierungen müßten von den Parteien erst auf dem Wege der arbeiterfreundlichen Gesetzgebung angenehmt werden; umgekehrt, die Regierungen müßten an der Spitze der arbeiterfreundlichen Bewegung, und es wird ihnen nur leider durch die Majoritätsparteien dieses Hauses sehr schwer gemacht, auf diesem Wege fortzuschreiten. (Sehr richtig! rechts.) Wie beschaffen der Zusammenhang zwischen der belgischen Bewegung und der deutschen Socialdemokratie ist, vermag ich nicht nachzuweisen; in den Beiträgen habe ich aber gelesen, daß an der Spitze der Arbeiterbewegung Belgien deutliche Elemente stehen. Herr Windhorst hat dann wieder das Socialistengesetz gewissermaßen als die Hebamme des Anarchismus dargestellt, was doch völlig den Thaten widerpricht, denn vor dem Erlass des Socialistengesetzes war ja die ganze socialdemokratische Partei, auch in ihrem parlamentarischen Aufstreben, eigentlich eine anarchistische. Ich erinnere Sie an die Verherrlichungen der Pariser Commune, die wir von Hrn. Bebel gehört haben. Gerade in Folge des Socialistengesetzes hat sich die Haltung der Herren geändert; sie haben den Anarchismus gewissermaßen ausgewaschen aus ihren Reden. Das Gesetz ist ein Gesetz für die Arbeiter, nicht gegen die Arbeiter, wir wollen, daß das Urtheil der Arbeiter nicht getrieben werde durch die Agitation von Leuten, die meist kein anderes Interesse haben, als sich an den Strifekassen zu mästen. Seit acht Jahren leben wir ruhig unter dem Gesetz; was nach einer etwaigen Abschaffung derselben über uns verhängt sein wird, das mag Gott wissen; ich aber halte es für die Aufgabe einer patriotischen Volksvertretung, die Regierung gerade jetzt nicht im Stich zu lassen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Hellendorff (conf.): Zu meiner großen Verwunderung hat der Abg. Windhorst wieder einmal in seiner bekannten Weise den Kulturkampf in einem Augenblick berührt, wo ernste praktische Bewegungen aufzutreten scheinen, um auf diesem Gebiet allergeredten Anprüfungen gerecht zu werden. Es handelt sich bei diesem Gesetz einfach um ausreichende Vollmachten für die Regierung; die Urtheile Windhorst aber geben sie ihr nur zu halben Maßregeln, und deshalb sind sie für uns unannehmbar. Wir stimmen unbedingt für die Verlängerung des Socialistengesetzes. Wer die Aufhebung oder wesentliche Restriktion des Gesetzes will, muß nachweisen, daß das Gesetz entweder unwirksam oder schädlich sei, oder daß ein Bedürfnis nach demselben nicht mehr existiert. Dieser Nachweis ist nicht geführt worden. Die Herren vom Freiheitlichen wollen durch ihre Reden innerhalb der arbeitenden Klassen die Gefahren der Socialdemokratie überwinden. Eigentlich sind beide Parteien prinzipiell gleichseitig wie Feuer und Wasser. (Sehr richtig! links.) Die Aufsaffung der freisinnigen Partei von der äußersten Entwicklung des Eigentumsbegriffs und des Individualiums ist das gerade Gegenteil von dem, was die Socialdemokraten wollen. (Sehr wahr! links.) Wir nehmen ja, wenn man will, die mittlere Richtung ein. (Heiterkeit links, Zustimmung rechts.) Wie kommt es nun, daß trotzdem Fortschritt und Socialdemokratie bei den Wahlern und sonst so freundlich zusammengehen? (Abg. Richter: Magdeburg!) Die Erklärung ist einfach. Der Fortschritt wird immer mehr dazu gedrängt, sich auf die Massen zu stützen und ihre Unzufriedenheit lebendig zu erhalten. Meine Partei wird für die längere Frist dieses Gesetzes stimmen, um die sonstigen Verhandlungen über dieses Gesetz, welche doch nur als Agitationssmittel benutzt werden, zu vermeiden. Ich vermuthe sogar, daß Niemand ungünstiger wäre, wenn dieses Gesetz aufgehoben würde, als die Socialdemokraten selbst (Unruhe links), wie ich überhaupt den Verdacht habe, daß es viele tapfer Männer in diesem Hause giebt, die gegen das Gesetz stimmen werden, weil sie der festen Überzeugung sind, daß es doch angenommen wird. (Beifall rechts.)

## Deutschland.

Berlin, 30. März. Der Kaiser nahm heute die laufenden Vorträge entgegen und arbeitete Mittags längere Zeit mit den Chefs des Militär- und Civilcabinetts.

\* [Die Kronprinzessin] hat in der vergangenen Nacht ziemlich gut geschlafen, jedoch hatten sich gegen 5 Uhr Morgens wiederum Schmerzen, wenn auch weniger heftige, eingestellt. Mit dem Befinden der Prinzessin Victoria geht es täglich besser.

\* [Prinzessin Friedrich Karl] weilt nach hierher gelangten Nachrichten gegenwärtig in Sörrent und wird dem Vernehmen nach Ende des Monats April wieder nach Berlin zurückkehren.

Berlin, 30. März. [Zur Zuckerteuverfrage.] Zur dritten Beratung der Zuckerteuverfrage haben die Abg. Dechelhäuser, Biegler, v. Kardorff, Diepgen-Barby den Antrag eingebracht: Dem § 4 der Beschlüsse zweiter Lesung als fünften Abfall hinzuzufügen: Anerkennungserklärung über die Steuervergütung für ausgeführte versteuerte Zucker können, ohne Rücksicht auf deren Fälligkeitstermine, zur Entrichtung der Steuer für den aus den steuerfreien Riedlagenten wieder in den freien Verkehr gebrachten Rohzucker verwendet werden.

Von offiziößer Seite wird über die Regelung der Zuckerteuverfrage geschrieben, nachdem bewußt ist, daß die Materialsteuer als Grundlage fehlt.

Auf der Grundlage der Materialsteuer kann entweder, wie die Regierung vorschlägt, eine definitive Neuordnung der Steuer oder in Ermangelung einer Einigung über eine solche ein neues Provisorium unter Vorbehalt späterer definitiver Regelung herbeigeführt werden. Den Interessen der Zuckerindustrie, über deren Haupt das Damofelschwert einer anderenweisen Besteuerung nunmehr schon seit Jahren schwebt, würde durch eine endliche abschließende Gesetzgebung

ohne Zweifel in höherem Grade gedient sein, als durch den weiteren Ausschub dieser Maßregel und die Schaffung eines neuen Zwischen-Zustandes. Sicherheit darüber, welche Art und Höhe der Steuer ihr bevorsteht, ist für die Industrie ein dringendstes Bedürfnis; Beunruhigung und Störung der Geschäftsgebräuche würden andernfalls nicht zu vermeiden sein. Will man diese Nebenstände hinaushalten, so wird es sich empfehlen, einen Mittelweg zwischen der Regierungsvorlage und denjenigen Vorschlägen, welche eine Herauslösung der Steuer in Aussicht nehmen, zu wählen. Als einem solchen Vermittelungsvorschlag würde sich beispielweise die Bestimmung darstellen, daß die Rübesteuer für die nächsten zwei Jahre auf 1,70 M. für den Doppelcentner, von da ab auf 1,80 M. unter Beibehaltung der Bonification nach der Regierungsvorlage festgesetzt wird. Es würden dadurch die Interessen der Produktion, welcher bei der gegenwärtigen ungünstigen Conjuratur ein längerer Zeitraum zur Errichtung mit dem definitiven Satz von Werth ist, mit denen finanziellen Erträgen der Steuer sich in Einklang setzen lassen."

\* [Die "Germania"] bezeichnet die Behauptung der "Nordb. Allg. 8.", die sensationellen Artikel im "Moniteur de Rome" rührten von einem Redacteur der "Germania" her, als absolute Erfindung.

\* [Die Theilhaber an der Neu-Guinea-Gesellschaft] haben am Sonntag sich unter dem Vorsteher des Hrn. v. Hansemann constituirt, um Corporationsrechte zu erlangen. Es wird in den der Gesellschaft nahestehenden Blättern gemeldet, daß die aus den Besitzungen der Gesellschaft eingetroffenen Nachrichten, "in hohem Grade befriedigend" lauten.

\* [Die Arbeitschutz-Commission] setzte gestern die Beratung der auf das Verbot der Arbeiterinnen in gewissen Industriezweigen gerichteten Anträge fort, ohne sie zu Ende zu bringen. Geh. Rath Lohmann griff, dem "B. T." zufolge, wiederholt in die Debatte ein und bezeichnete es als sehr bedenklich, Arbeiterinnen von der Beschäftigung in bestimmten Industrien allgemein ausschließen, da man damit auch Arbeiterinnen trüfe, die man gar nicht treffen wolle, und Beschäftigungen, welche für Arbeiterinnen gar nicht als nachtheilig oder bedenklich angesehen werden könnten. Um eine genauere Prüfung einzutreten, zu lassen über die etwa unangemessene Beschäftigung von Arbeiterinnen, seien die Fabrikinspectoren angewiesen worden, für dieses Jahr besonders darauf zu achten, inwieweit, abgesehen von der Nacharbeit, Arbeiterinnen mit Arbeiten beschäftigt seien, die gesundheitlich oder fülllich als für nachtheilig zu erachten seien.

\* [Der Verein Berliner Großfeuerkästen] beschloß, der "Frei. Ztg." zufolge, mit Rücksicht auf die geplante Schnapsconsumsteuer einstimmig, an das Reichskanzleramt sofort das Eruchen zu richten, daß der Verein vor der Feststellung irgend einer Steuer auf den Branntwein als Sachverständiger gehört werde.

\* [Der Verein der Berliner Mäntelmäherinnen] hat am Freitag die zweite Vorsitzende, Frau Kraemer, ihres Amtes entthoben und aus dem Verein ausgeschlossen, weil diese als Arbeitsstubebelegerin selbst den Vereinsforderungen an die Arbeitgeber nicht entsprochen habe.

\* [Die Nachwahl in Flensburg.] Ueber die vorgestern in Flensburg-Appenrade vollzogene Reichstagsnachwahl berichtet ein Telegramm der "Nordb. Allg. Ztg.":

Bisher sind gezählt für Gottburgsen (nat. lib.) 4273, für Johannis (Dane) 2065 und für Heinrich (Socialdemokrat) 2314 Stimmen. Die Wiederwahl Gottburgens ohne Stichwahl ist wahrscheinlich; die Socialdemokratischen Stimmen haben sich gegen die Wahl von 1884 mehr als verdoppelt, während die dänischen zurückgegangen sind.

Karlsruhe, 30. März. Ueber das Besinden des Erbgroßherzogs wird heute gemeldet: Unter Zieberbewegung schwollen gestern abermals die linke Hand und das linke Kniegelenk an; auch die rechte Schulter ist noch empfindlich; die übrigen Gelenke sind frei von Schmerz. Schlaf trat erst um Mitternacht ein, die Pleuritis ist unverändert.

Strasburg i. E. 30. März. Der Statthalter Fürst Hohenlohe ist Mittags hier eingetroffen.

Aus Elsass-Lothringen, 27. März. Aus dem jetzt vorliegenden Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember v. J. ergibt sich, daß die Bevölkerung unseres Landes gegen den 1. Dezember 1880 um 3525 Personen gleich 0,22 Proc. abgenommen hat. Diese Abnahme betrifft lediglich Lothringen, dessen Einwohnerzahl sich um 3801 Köpfe verringerte, während das Elsass eine Vermehrung von 276 Personen erfahren hat.

## Frankreich.

Paris, 30. März. Bei dem Marineminister ist eine Depesche aus dem Senegalgebiet eingegangen, nach welcher eine Compagnie eingeborener Tirailleure durch Streitkräfte unter dem Befehl des Marabout von Boudou angegriffen wurde, wobei 1 Offizier und 8 Mann getötet und 32 Mann verwundet wurden. (W. T.)

Paris, 30. März. Die Budget-Commission beschloß mit 18 gegen 13 Stimmen, daß die neue Umliehe den Betrag von 1466 Millionen nicht überschreiten solle. (W. T.)

## England.

\* Nach einer Meldung des "Reuterschen Bureaus" aus Sidney hat die Regierung von Neufüdisales es abgelehnt, dem Protest der anderen Colonien gegen die Anerkennung der neuen Hebriden durch Frankreich sich anzuschließen, sofern die französische Regierung aufzuhören würde, rücksäßige Verbrecher nach den Inseln des Stille Meeres zu transportieren.

## Holland.

Haag, 30. März. Die zweite Kammer nahm den Gesetzentwurf betreffend die Convertirung der 4 prozentigen Staatschuld in eine 3½ prozentige mit 56 gegen 25 Stimmen an. Die jährliche Amortisirung wurde auf 3/10 Prozent festgelegt. (W. T.)

## Schweiz.

Basel, 30. März. Wegen Nichtbevollmächtigung der zehnstündigten Arbeitszeit haben die Schreiner, Zimmerleute, Glaser, Drechsler und Bildhauer die Arbeit niedergelegt. (W. T.)

## Asien.

\* In Betreff der Einführung von Eisenbahnen in China ist ein beträchtlicher Fortschritt gemacht worden. Li Hung Chang hat dieses Werkzeug der modernen Civilisation stets begrüßt, aber er stand allein unter den chinesischen Ministern. Seht hat er einen mächtigen Anhänger in dem Vater des jungen Kaisers, dem Prinzen Chun, gefunden, der sich Li's Ansichten über den Gegenstand vollständig anschließt und gegenwärtig in dem Garten seines Palastes in Peking eine Miniatur-Eisenbahn im Betrieb hat.

## Danzig, 31. März.

Wetteransichten für Donnerstag, 1. April. Original-Telegramm der Danziger Zeitung auf Grund der Prognose der Deutschen Seewarte.

Bei wenig veränderter Temperatur und frischen Westwinden veränderliche Bewölkung, Niederschläge mit Sonnenschein wechselnd.

\* [Von der Weichsel.] In der polnischen Weichsel scheint nach den heute vorliegenden Nachrichten der Eisgang bereits ein allgemeiner zu sein. Ferner

ist bei Thorn, wo gestern das Wasser um etwas über einen Meter stieg, die Eisdecke in energische Bewegung gekommen und es kann somit in den letzten Tagen dieser Woche der Eisgang in den unteren Stromarmen sich in voller Kraft entfalten.

Bei Pölischau und Neukirch in der Danziger Weichsel haben nach einem Telegramm von heute Mittag sich Eisstopfungen gebildet, zu deren Befreiung der Eisbrechdampfer "Weichsel" sofort dorthin gedampft ist. Wasserstand bei Plehnendorf heute 3,36 Meter.

Die übrigen eingegangenen Telegramme verzeichnen wir nachstehend:

Thorn, 31. März, 8½ Uhr Morgens: Seit gestern Abend starker Eisgang. Wasserstand 3,90 Meter.

Włocławek, 31. März. Gestriger Wasserstand 10 Fuß (nicht 1 Fuß, wie irrtümlich telegraphirt).

Wartshau, 31. März, Vorm. 11 Uhr: Bei Pulawy fand gestern, hier heute Nachts Eisgang statt.

Warschau, 31. März, Mittags 1½ Uhr: Wasserstand gestern 2,61 Meter, heute 4,06 Meter. Eisgang seit gestern Abends 11 Uhr.

s. Von der Kümer Fähre, 30. März, Abends. Von heute Abend ab Traject nur für Personen, zu Fuß und per Kahn bei Tage; Gepäck unbeschrankt. Wasserstand Nachmittags 5 Uhr 3,09 Mtr., nächst langsam. Die Eisdecke liegt noch fest; am rechten Ufer ist jedoch ein schmaler Strich offenen Wassers.

\* [Bur Sprung der Steinschleuse.] Zur Ergänzung unserer Mittheilung in der heutigen Morgen-Nummer über die in vergangener Nacht erfolgte Sprungung der Steinschleuse haben wir noch Folgendes zu berichten: Durch die entstandene starke Strömung und die mit derselben treibenden Eismassen hatte sich oberhalb der Steinschleuse eine Kraft Holz losgelöst, welche nun gegen die Schleuse trieb und sich quer vor dieselbe setzte. Hierdurch wurde unmittelbar vor der Schleuse eine Eisstopfung verursacht, welche sich jedoch plötzlich löste. Das angesammelte Eis drang nun mit großer Wucht in die Schleusenkammer ein und drückte sofort auf die offenstehenden Thorflügel der Schleuse, daß die Thorflügel hielten Ketten gesprengt und die Thorflügel geschlossen wurden, was deren schlechliche Sprengung nötig machte, um dem mächtig anrückenden Wasser Abfluß zu schaffen. Auch heute noch ergiebt sich das Wasser in ungeheim starker Strömung durch die Schleuse; es sind die offenstehenden Thorflügel der Schleuse, daß die die Flügel haltenden Ketten gesprengt und die Thorflügel geschlossen wurden, was deren schlechliche Sprengung nötig machte, um dem mächtig anrückenden Wasser Abfluß zu schaffen. Auch heute noch ergiebt sich das Wasser in ungeheim starker Strömung durch die Schleuse; es sind die offenstehenden Thorflügel der Schleuse, daß die die Flügel haltenden Ketten gesprengt und die Thorflügel geschlossen wurden, was deren schlechliche Sprengung nötig machte, um dem mächtig anrückenden Wasser Abfluß zu schaffen. Auch heute noch ergiebt sich das Wasser in ungeheim starker Strömung durch die Schleuse; es sind die offenstehenden Thorflügel der Schleuse, daß die die Flügel haltenden Ketten gesprengt und die Thorflügel geschlossen wurden, was deren schlechliche Sprengung nötig machte, um dem mächtig anrückenden Wasser Abfluß zu schaffen. Auch heute noch ergiebt sich das Wasser in ungeheim starker Strömung durch die Schleuse; es sind die offenstehenden Thorflügel der Schleuse, daß die die Flügel haltenden Ketten gesprengt und die Thorflügel geschlossen wurden, was deren schlechliche Sprengung nötig machte, um dem mächtig anrückenden Wasser Abfluß zu schaffen. Auch heute noch ergiebt sich das Wasser in ungeheim starker Strömung durch die Schleuse; es sind die offenstehenden Thorflügel der Schleuse, daß die die Flügel haltenden Ketten gesprengt und die Thorflügel geschlossen wurden, was deren schlechliche Sprengung nötig machte, um dem mächtig anrückenden Wasser Abfluß zu schaffen. Auch heute noch ergiebt sich das Wasser in ungeheim starker Strömung durch die Schleuse; es sind die offenstehenden Thorflügel der Schleuse, daß die die Flügel haltenden Ketten gesprengt und die Thorflügel geschlossen wurden, was deren schlechliche Sprengung nötig machte, um dem mächtig anrückenden Wasser Abfluß zu schaffen. Auch heute noch ergiebt sich das Wasser in ungeheim starker Strömung durch die Schleuse; es sind die offenstehenden Thorflügel der Schleuse, daß die die Flügel haltenden Ketten gesprengt und die Thorflügel geschlossen wurden, was deren schlechliche Sprengung nötig machte, um dem mächtig anrückenden Wasser Abfluß zu schaffen. Auch heute noch ergiebt sich das Wasser in ungeheim starker Strömung durch die Schleuse; es sind die offenstehenden Thorflügel der Schleuse, daß die die Flügel haltenden Ketten gesprengt und die Thorflügel geschlossen wurden, was deren schlechliche Sprengung nötig machte, um dem mächtig anrückenden Wasser Abfluß zu schaffen. Auch heute noch ergiebt sich das Wasser in ungeheim starker Strömung durch die Schleuse; es sind die offenstehenden Thorflügel der Schleuse, daß die die Flügel haltenden Ketten gesprengt und die Thorflügel geschlossen wurden, was deren schlechliche Sprengung nötig machte, um dem mächtig anrückenden Wasser Abfluß zu schaffen. Auch heute noch ergiebt sich das Wasser in ungeheim starker Strömung durch die Schleuse; es sind die offenstehenden Thorflügel der Schleuse, daß die die Flügel haltenden Ketten gesprengt und die Thorflügel geschlossen wurden, was deren schlechliche Sprengung nötig machte, um dem mächtig anrückenden Wasser Abfluß zu schaffen. Auch heute noch ergiebt sich das Wasser in ungeheim starker Strömung durch die Schleuse; es sind die offenstehenden Thorflügel der Schleuse, daß die die Flügel haltenden Ketten gesprengt und die Thorflügel geschlossen wurden, was deren schlechliche Sprengung nötig machte, um dem mächtig anrückenden Wasser Abfluß zu schaffen. Auch heute noch ergiebt sich das Wasser in ungeheim starker Strömung durch die Schleuse; es sind die offenstehenden Thorflügel der Schleuse, daß die die Flügel haltenden Ketten gesprengt und die Thorflügel geschlossen wurden, was deren schlechliche Sprengung nötig machte, um dem mächtig anrückenden Wasser Abfluß zu schaffen. Auch heute noch ergiebt sich das Wasser in ungeheim starker Strömung durch die Schleuse; es sind die offenstehenden Thorflügel der Schleuse, daß die die Flügel haltenden Ketten gesprengt und die Thorflügel geschlossen wurden, was deren schlechliche Sprengung nötig machte, um dem mächtig anrückenden Wasser Abfluß zu schaffen. Auch heute noch ergiebt sich das Wasser in ungeheim starker Strömung durch die Schleuse; es sind die offenstehenden Thorflügel der Schleuse, daß die die Flügel haltenden Ketten gesprengt und die Thorflügel geschlossen wurden, was deren schlechliche Sprengung nötig machte, um dem mächtig anrückenden Wasser Abfluß zu schaffen. Auch heute noch ergiebt sich das Wasser in ungeheim starker Strömung durch die Schleuse; es sind die offenstehenden Thorflügel der Schleuse, daß die die Flügel haltenden Ketten gesprengt und die Thorflügel geschlossen wurden, was deren schlechliche Sprengung nötig machte, um dem mächtig anrückenden Wasser Abfluß zu schaffen. Auch heute noch ergiebt sich das Wasser in ungeheim starker Strömung durch die Schleuse; es sind die offenstehenden Thorflügel der





# Beilage zu Nr. 15773 der Danziger Zeitung

Mittwoch, 31. März 1886.

Reichstag.

(Schluß.)

Abg. Cegielski (Pole): Die polnische Fraktion wird gegen jede Verlängerung des Gesetzes stimmen. Wir verdammen die Lehren der Socialdemokratie als gefährlich für Staat und Kirche und im Widerspruch stehend mit dem von uns vertretenen uns heiligen Nationalitätsprinzip, an welchem der socialdemokratische Aufsturm bislang abgeprallt ist. Wir bekämpfen aber dieses Gesetz als Ausnahmengesetz und weil es mehr schadet als hilft.

Abg. Bebel (Soc.): Das hr. Cegielski uns revolutionärer Befriedungen bezichtigt, nimmt mich gerade von dem Vertreter der Polen Wunder: wer selbst im Glashause sitzt, sollte doch nicht mit Steinen werfen! Mit Hrn. v. Puttkamer halte ich nur dafür, daß Windhorst und seine Partei nach seiner heutigen Rede gegen das Gesetz stimmen müßte (Sehr richtig! links). Um so mehr nun es uns aufallen, wenn er ein milderes abgeschwächtes Übergangsstadium befürwortet. Vor zwei Jahren schon haben wir dieselben Anträge hier verbanden und schließlich zurückgezogen; soll sich dasselbe Spiel jetzt wieder vollziehen? Nach meiner Überzeugung wird das Gesetz in der Gestalt, wie die Regierung es verlangt, unter allen Umständen die Mehrheit erlangen, und das Centrum wird diese Mehrheit stellen; die gestellten Änderungsanträge bezeichnen lediglich die Rückzugslinie, welche den Wahlern des Centrums gegenüber aufrecht erhalten werden soll. Die Herren wollen ja, wie es heißt, in corpore für den Antrag Verhängung auf zweijährige Verlängerung stimmen. (Abg. Rade: Nicht wahr!) Das Odium für die Verlängerung wird lediglich auf das Centrum fallen; das mögliche den Centrumswahlern klar werden. Die Anträge Windhorst sind nur eine scheinbare Concession; auch nach Annahme derselben wird auf Grund des § 9 des Gesetzes eine Verhängung in jedem Stadium bewilligt werden können. Das habe ich vor Kurzem hier in Berlin erfahren. Ich sprach in einer Versammlung über Socialreform in mehr lehrhaftem als populärem Ton; und als ich erzählte, daß in einzelnen Textilindustrie-Bezirken bereits vielfach die Frau den ganzen Tag in der Fabrik arbeite, während der Mann arbeitslos sei, sprang der Polizeicommissar auf und erklärte auf Grund des erwähnten § 9 die Versammlung für aufgelöst. Die erhobene Beschwerde wurde vom Polizeipräsidium für unbegründet erachtet. Die Billfür, mit der der § 9 gehandhabt werden kann, ist das Verhältniswürdigste dabei. Solche Maßnahmen müssen Ertüchtigung in die Massen tragen. (Ruf rechts: Keineswegs!) Wir wollen unter das gesetzliche Recht gestellt sein; die Richter haben uns ja ebenfalls nie mit Milde behandelt. Was die Anträge des Herrn v. Puttkamer bezüglich des "Socialdemokrat" betrifft, so erwidere ich, daß dieses Blatt bei Bekämpfung der Pariser Commune entwickele hat, wie nach seiner Meinung die Socialdemokratie Frankreichs hätte handeln müssen, wenn sie einmal in die Zwangslage gezwungen war, den Aufstand von 1871 vornehmen zu müssen. Sehr interessant ist, daß Hrn. Stöcker derselbe Artikel i. S. die Gelegenheit gab, auf die Verbindung der Socialdemokratie mit den Juden hinzuweisen (Große Heiterkeit links); denn wenn sie mit diesen nicht in engem Zusammenhang gestanden hätte, würde sie vor den Geldschwärzen des Hrn. Rothschild Platz gemacht haben? Hrn. v. Puttkamer führt aus, das Gesetz sei noch notwendig, um die Entwicklung der Arbeitseinstellungen zu dämpfen, um zu verhindern, daß die Agitatoren sich von den Streikklassen mästen. Was würde er sagen, wenn ich ihm vorhalte, er und seine Genossen mästen sich aus den Staatsklassen. (Sehr gut! links.) Er würde das volles Eintrittsgeld als Bekämpfung zurückgewiesen haben. Ebenso wie ich meine Behauptung so lange als verleidet ansetzte, bis er den Beweis dafür erbringt. (Beifall links.) Im Gegenteil magt sich in den Arbeiterkreisen die Sparfamilie oft in der kleinsten Weise geltend. Das Missbrauch mit dem zusammengehörigen Gelde dennoch vorkommt, soll unbestritten sein. Wollten wir eine Liste aller Nebelhäuser in dieser Richtung zusammenstellen, das Register auf Ihrer Seite würde unendlich länger werden. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Nun war in vorauszusehen, daß sich die Regierung die Gelegenheit, auf die Unruhen in Belgien hinzuweisen, nicht entgehen lassen würde. Es ist merkwürdig, die Reichsregierung hat das Glück, das regelmäßig, wenn das Socialistengesetz in Kraft kommt, irgendwo irgendein Passat (Große Heiterkeit) und Hrn. v. Puttkamer ist nicht so weit gegangen, zu behaupten, daß bei diesen Vorgängen in Belgien deutsche Socialdemokraten irgendwie maßgebend thätig gewesen seien. Ein solcher Zusammenhang ist auch nicht nachzuweisen, denn wir haben mit jenen Leuten keine näheren Beziehungen und sind außerdem von den Vorgängen ebenso überrascht, wie Sie. Welche Gründe haben denn jene bedrohlichen Ereignisse hervorgerufen? In Belgien herrscht unbedenkliches Vereins- und Versammlungskreis und Pressefreiheit, aber der belgische Arbeiter ist mehr als anderswo von der Wirkung auf öffentlichen Arbeiten ausgeschlossen. Das Wahlrecht besitzen in Belgien nur 140 000 Wähler, nur 2 % der Bevölkerung. Niedriges ist Frauen- und Kinderarbeit so schauberhaft verbreitet, wie in Belgien; in keinem katholischen Lande ist der Missbrauch der Sonntagsentheiligung so stark, wie dort. Von einer Revolution ist keine Rede, es ist eine ganz gewöhnliche Revolte (Gelächter rechts), mit Nordwestigkeit hervorgerufen durch das tiefe Elend, die tiefe Not, die große Unwissenheit des Volkes. Das ist ja die Sünde der Katholiken, die jetzt in Belgien herrschen, daß sie jeden Versuch der Volksaufklärung wieder bestreit haben. Ja, ich habe die belgische Bourgeoisie in dem Verdacht, daß sie mit Absicht und Vorbedacht von Zeit zu Zeit ein derartiges Blutbad anrichtet (Große Unruhe rechts), um jede Reform hintanzuhalten. Alle paar Jahre geschieht eine solche Revolte und wird von den herrschenden Klassen provoziert, vor der Staatsgewalt. (Wegen dieses Ausdrucks ruft Präsident v. Brandenstein den Redner zur Ordnung.) Ist es denn nicht erlaubt, die belgische Staatsgewalt hier anzugeben? So erklären sich sehr einfach die dortigen Ereignisse. Die Socialdemokratie hat nichts damit zu schaffen; in Gent, wo sie sich organisiert hat, ist es ganz ruhig geblieben. Wenn ich ernsthaft versucht werden könnte, die deutschen Arbeiter um ihre politischen Rechte zu bringen, so wäre das sicher der Weg zur Revolution; und neue Ausnahmegesetze würden nur dem Anarchismus in die Hände arbeiten. Gewiß würden sich sehr hochgestellte Leute in Deutschland außerordentlich freuen, wenn die deutsche Socialdemokratie dem Beispiel von Charleroi folgen würde; wir werden ihnen den Gefallen nicht thun. Hrn. v. Puttkamer erinnert an die Redde, die ich 1881 bei der Beratung des Socialistengesetzes wenige Tage nach der Ermordung des Cæsar gehalten. Damals habe ich den Fürstentum nicht verherrlicht (Ja wohl! rechts), ich habe damals gesagt, daß ein System, wie das in Aufstand befindende, mit Nordwestigkeit den Mühlenwismus geboren habe, und daß, wenn Sie in Deutschland ein gleiches System inaugurierten sollten, dieses auch bei uns zu solchen Gewaltthätsigkeiten führen müßt. (Abg. v. Kleist-Retzow ruft: Die deutsche Monarchie!) Die deutsche Monarchie wird dann allerdings getroffen werden, Hrn. v. Kleist (Hört, hört! rechts), ich trage gar kein Bedenken, zu sagen, daß ich dann einer der Ersten wäre, der die Hand böte; denn einem solchen System gegenüber sind alle Mittel erlaubt! Sie haben alle Ursache, uns in Deutschland vor äußerlichen Wirkungen eines ähnlichen Systems zu bewahren. Wenn Sie glauben, bessere Wirkungen unter den Arbeitern zu erzielen, indem Sie das Gesetz vereinigen, so irren Sie. Ich wiederhole, was ich schon oft erklärt habe, die Socialdemokratie ist ein notwendiges Produkt der ganzen modernen Entwicklung, und ich muß zurückweisen, daß die Conservativen eine Mittelstellung zwischen uns und den Deutschfreisinnigen eingenommen wollen. Die conservativen Befriedungen mit ihrer Brautwein,

Zucker-, Böse und Steuerpolitik, geben lediglich darauf hinaus, die Armen noch ärmer, die Reichen noch reicher zu machen. Wenn wir Sie erst veranlaßt haben, den Begriff sozialer Reformen einzuschlagen, dann liegt es doch nahe, zuzugeben, daß wir überhaupt Recht haben. Die Verhältnisse liegen jetzt derart, daß es auf dem östlichen Gebiete nicht mehr so weiter gehen kann, und wird das noch so schneidenartige Tempo der sozialen Reformen nicht bald ganz bedeutend herabsetzen, dann wird der Regierungsvorschlag sich noch rascher vollziehen und schließlich werden die Ereignisse über Sie hinwegschreiten. Gerade das Bewußtsein Ihrer absoluten Domäne in Bezug auf Socialreform bringt Sie dazu, das Gesetz zu vereinigen. Es wird stehen, so lange wie das gegenwärtige System im deutschen Reiche existiert, und wenn das System unfähig geworden ist, dann wird es mit diesem zugleich zusammenbrechen. (Lebhaft. Beifall bei den Socialdemokraten.)

Minister v. Puttkamer: Hrn. Bebel hat allerdings 1881 die Vertheidigung des Fürstentums geführt; er hat sie allerdings mit etwas bedeckter Lippe und bleichem Auge geführt. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Er sagte damals, daß er nicht die Richtigkeit der Ausschüttungen bestritt, die der "Socialdemokrat" über die Errichtung des Cæsar Alexander gemacht hatte. (Abg. Bebel: Bitte die Stelle vorzulesen.) Der hochselige Kaiser Alexander war doch gewiß ein sehr humaner Herr (Ruf: Naan!) bei den Socialdemokraten, und jene Bemerkungen waren von grenzenloser Freiheit. Deutet hat Herr Bebel erklärt, daß er sogar unter Umständen für die gewaltlose Befreiung der Monarchie sei. Und eine solche Partei beansprucht nach gemeinschem Recht behandelt zu werden? Für diese Form der Socialdemokratie ist der einzige Platz unter den strengen Zwangsherrschaft des Socialistengesetzes! (Lachen bei den Socialdemokraten und links.) Ich bekenne auch offen, daß ich persönlich die Verantwortung für die Auflösung jener Berliner Versammlung, wo Hrn. Bebel sprach, übernehme. Hrn. Bebel hatte seit acht Jahren niemals öffentlich in Berlin reden dürfen. (Abg. Bebel: reden wollen!) Als ich hörte, daß er hier auftreten wolle, habe ich mit dem Polizeipräsidienten erworben, ob es nicht möglich sei, die Versammlung auf Grund des § 9 von vornherein zu verbieten. Herr Bebel ist bekannt als der fähigste, beredteste, aber auch gefährlichste (Abg. Singer: und verehrteste!) aller socialdemokratischen Agitatoren, und ich fürchte seine Beredsamkeit und den Eindruck, den sie auf die Massen macht, in dem Maße, daß ich die Pflicht jener Erwägung erfüllen müßte, denn in diesem Sinne soll auch die Person des Redners einer vorgängigen Prüfung unterliegen. Ich habe mich dafür entschieden, die Probe machen zu lassen, und erkenne an, daß der Abg. Bebel in massiven Formen gesprochen hat; aber der Grundzug seiner Deduktionen war derselbe, den er heute leidenschaftlicher vertreten hat. Der Eindruck seiner Rede, ja seines bloßen Erchebens war ein so elektrisierender, so faszinierender, daß die Auflösung zweifellos erfolgen mußte. (Abg. Bebel: Ich danke Ihnen für die Reclame!) In Frankfurt ist ja allerdings die Verurtheilung einiger Polizeibeamten erfolgt; ich lege keine Kritik an das richterliche Urteil (Ruf links: Na, das fehlte auch gerade noch!), ob es nicht übermäßig hart war, jedenfalls war das Gesetz mehrfach übertreten. Mit solchen Dingen fängt man an, mit Revolten hört man auf.

Abg. Stöcker (conf.): Wir discutieren mit den Socialdemokraten darüber, ob sich von den Anarchisten unterscheiden. Was heute der Abg. Bebel gelagt hat, war theoretischer Anarchismus. (Sehr richtig! rechts.) Als in Anklage die Anhänger werden, wurde der Werre-Saßlitz ein Proklamation gehangen bei uns noch dazu von einer Frau. Machen Sie uns doch keine Sorgen vor. Weil wir Recht haben die Socialisten, hier sind als Vertreter der deutschen Arbeiter aufzutreten? Sie sind als Vertreter der revolutionären, der irreligenden Arbeiter, 600 000 Arbeiter, darunter viele Fliegensöhne, vertreten. Sie Millionen von Arbeitern haben für andere Parteien gestimmt. Was Ihre demokratischen Leute betrifft, so ist der nicht irregeführte Arbeiter auch in den Städten monarchisch bis ins Herz, bis in den letzten Knöchen. (Heiterkeit links.) Nach unserem Almanach befinden sich unter Ihnen 4% wirtschaftliche Arbeiter, 8 Journalisten und 6 Arbeitgeber. Sind Sie Vertreter der Arbeiter? Lassen Sie: zwei Dinge hoffe ich: Journalisten und Leiber, leider bin ich beides. (Große Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob Sie noch heute leider sagen. Die Herren haben ja seit einem Jahr hier in Berlin den Rothkreis der Mäntelnhärrinnen gehabt. Die Lage dieser Arbeitnehmer ist nicht besser als die Lage der Leute in Belgien. Sie verdienen 0,75 bis 1,25. Nun ist ein Mann in unserer Witte, der hundert von diesen Näherinnen, um in Ihrem Jargon zu reden, ausbeutet, und dieser Herr steht an seinen Küchen das Etiquet Arbeiterfreund. Dabei heutet er die armen Näherinnen aus, wie man nur in Belgien ausbeutet. Das darf am allerwenigsten ein Socialdemokrat, der sich als Held und Palladin der Arbeiter aufspielt. Das wird endlich auch unserem deutschen Michel zum Bewußtsein kommen. Ein solcher Mann wird ihm, nehmst du mit es nicht weiter, nicht als historische Ercheinung vorkommen, sondern als eine komische Figur. (Abg. Bebel ruft: Sie sind ein Narr; der Präsident ruft den Abg. Bebel wegen dieser Auskunft zur Ordnung.) Soviel ist gewiß, daß unter dem Socialistengesetz das Volk darüber klar geworden ist, was auf sozialistischem Gebiete böse und gut ist. Auch wir Conservativen wollen nicht die Überspannung des Eigentumsbegriffs. Darum stehe ich in der antijüdischen Bewegung. Die Millionäre und Milliardäre bei einer solchen konfessionellen Minderheit sind nichts gelindes für das öffentliche Leben. Aber auch dagegen würde ich nicht aufgetreten sein, das liegt nicht in meiner Art zu denken, wenn nicht aus dem Judentum zugleich alle diese schändlichen, aufstrebenden, revolutionären Kräfte kämen, die den Kapitalismus auf der einen und den Umsturz in der anderen Hand haben. Hrn. Bebel verlangt, das man seine Partei unter das gemeinsame Recht stellt, aber den Pflichten des Bürgers will er seine Partei nicht unterstellen. Nicht starke Regierungen, die den Punkt haben, ihre Pflicht zu thun, sondern schwache Regierungen sind die Mütter der Revolution. (Unruhe.) Vor einer solchen schwachen Regierung behübt uns Gott in alle Zukunft (Ruf bei den Socialdemokraten: in Ewigkeit Amen!).

Präsident v. Wedell: Ich muß in den Worten, welche Hrn. Bebel eben gesprochen, eine Blasphemie erblicken und rufe ihn deshalb zur Ordnung. Abg. v. Böllmar: Mit Vergnügen, ich habe es gethan; ich wollte nur im Bittelton des Herrn Stöcker fortfahren. Präsident v. Wedell: Dann bitte ich Denjenigen sich zu melden, der die Worte gebraucht hat. Abg. v. Böllmar: Mit Vergnügen, ich habe es gethan; ich wollte nur im Bittelton des Herrn Stöcker fortfahren. Präsident v. Wedell: Dann rufe ich Sie zur Ordnung. (Abg. v. Böllmar: ich danke.)

Abg. Stöcker (fortfahren) wendet sich gegen Windhorst. Die katholische Kirche hat in Belgien eben ein stärkerliches Fiasco gemacht. (Unruhe im Centrum.) Seien wir alle einig in der Stärkung des monarchischen Moments. Vom erleuchteten Königthum ist eine Kraft der Socialreform ausgegangen, wie sie bisher keine Demokratie, keine Republik aufzutun gewußt hätte. (Beifall rechts.) Die sozialen Fragen ist nicht durch die Religion allein zu lösen, aber auch nicht ohne die Religion. Lehnen Sie die Anträge Windhorst ab, welche die Waffen, die wir der Regierung geben wollen, nur abstimmen würden. (Lebhaft. Beifall rechts. Rufen links.) Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Abg. Cegielski (Pole): Die Pole vertheidigen sich und seine Landsleute gegen den Vorwurf Bebels, daß auch sie Revolutionäre seien.

Abg. Singer (Soc.): Herr Stöcker hat von einem sozialdemokratischen Abgeordneten gesprochen, der

war die Arbeiterfreundlichkeit auf dem Rücken trage, aber doch zugleich seine eigenen Arbeiterinnen ausbeute. Da diese Schilderung nur auf meine Person gelenkt, so erkläre ich, daß er die ihm vor Gericht attestierte Wahrschau auch hier wieder bewiesen hat. Was er von mir, von der Behandlung meiner Leute gesagt hat, ist eine verleidet wirkende Behauptung. (Präsident: Ich rufe den Redner zur Ordnung. Rufe bei den Socialdemokraten: Stöcker nicht?) Ich konstatiere, daß diese Behauptung schon deshalb unwahr ist, weil ich keine direkten Beziehungen zu Mäntelnhärrinnen habe. Alle diese Vorwürfe sind mir sonst bekannt geworden aus dem Munde der wüsten Elemente, die Hrn. Stöcker in seinen Versammlungen zu umgeben pflegen. Ich habe darauf einige Mitglieder der Schneidertumung Einsicht in meine Geschäftsbücher bekommen lassen und dieselben haben öffentlich erklärt, daß die Behauptung, ich zahle niedrigere Löne als die anderen Mäntelgeschäfte, läugnerisch sei. Ich weiß daher auch die Vorwürfe des Hrn. Stöcker, soweit sie meine Person betreffen, zurück. Dabei erinnere ich mich des Wortes eines alten Philosophen. Derselbe erwiderte auf die Frage, was die Urtheile eines Menschen wert seien: Gerecht wöhl, wie dieser Mensch selbst. Herr Stöcker trägt gar kein Zeichen der Arbeiterfreundlichkeit auf dem Rücken, aber das Brandmal auf seiner Stirn... (Große Unruhe rechts.) Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Bebel: Hrn. v. Puttkamer und Hrn. Stöcker haben meine Bemerkung bezüglich der Monarchie dadurch ausgelegt, als ob ich gesagt hätte, daß die deutsche Monarchie mit allen Mitteln zu belämmern sei. Ich habe nur gelagt, daß, wenn in Deutschland die Monarchie zu ähnlichen Mitteln greife, wie es die russische gethan, mich auch in Deutschland einen ähnlichen Kampf für angekommen hielt. Das ist für einen christlichen Menschen genug.

Abg. Stöcker: Hrn. Singer leugnet Beziehungen zu den Arbeiterinnen zu haben, im Almanach aber bezeichnet er sich selbst als Besitzer einer Damebüro-Fabrik. Seine Einwendungen sind nur komischer Natur, sie können nicht den geringsten Eindruck machen. Wenn Hrn. Singer weiter noch zu dem Mittel böswilliger Leute gegriffen und hier an unlösbarer Prozeß (Hört, hört! links) erinnert hat, so kann ich nur erläutern, daß ich als conservativer Mann, um nicht auf die Gerichte einen Schatten zu werfen (Lachen links, Zustimmung rechts), mich bisher gebüttet habe, über diese Sache zu schweigen. Wenn das aber so fortgeht, so kann ich nicht länger schweigen. (Abg. Ritter: Hört, hört!) Ich kann nur sagen, daß unmittelbar nach dem Prozeß ein offenes Schreiben an den Prääsidenten des Gerichtsbaus gerichtet wurde, in dem gesagt wurde: Herr Präsident, Sie sagen die Unwahrheit! Und der Präsident hat darauf nichts erwidert. Präsident: Das ist wohl keine persönliche Bemerkung mehr.

Abg. Singer: Ich habe nur gesagt, daß ich keinen directen Verkehr mit Arbeiterinnen habe. Hrn. Stöcker hat nur gezeigt, daß die deutsche Monarchie dadurch bestimmt ist, ob ich gesagt hätte, daß die deutsche Monarchie mit allen Mitteln zu belämmern sei. Ich habe nur gelagt, daß, wenn in Deutschland die Monarchie zu ähnlichen Mitteln greife, wie es die russische gethan, mich auch in Deutschland einen ähnlichen Kampf für angekommen hielt. Das ist für einen christlichen Menschen genug.

Abg. Stöcker: Nach dem Urteil des gesamten Hofs war die Erwiderung des Herrn Singer derart,

dass sie ein Deutscher wohl schwerlich gemacht haben würde. (Rufen links: Pfui! Pfui!) Hiermit wir die weitere Beratung vertagt bis Mittwoch.

## Abgeordnetenhaus.

52. Sitzung vom 30. März.

Die zweite Beratung der Secundärbahnhoflage wird fortgesetzt. Simultane Positionen werden unverändert genehmigt; die zahlreichen, auf die Errichtung weiterer Secundärbahnen gerichteten Petitionen werden nach kurzer Debatte der Regierung als Material überwiesen.

Es folgt die erste Lesung des G.-G., betreffend die Einführung der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen im Regierungsbezirk Wiesbaden.

Abg. Zell (frei) erklärt, daß die Einführung der Städteordnung in Wiesbaden, wie sie die Vorlage und die Beschlüsse des Herrenhauses wollen, für die davon betroffenen Gemeinden eine wahre Calamität werden müßte, und beantragt commissarische Beratung. Redner befähigt die Einführung des Dreiflassensystems gleichzeitig mit der eines Census, der bisher in Nassau nicht bekannt gewesen sei, und befürwortet die geheime Stimmeabgabe bei den Kommunalwahlen.

Herr Reg.-Rath Halberstadt erwidert, daß die Regierung die Befürchtung nicht teilen könne, daß das vorliegende Gesetz zu einer Calamität werden könne. Die Städteordnung vom 30. Mai 1853 sei ein relativ gutes Gesetz, und man sei zu der Ausdehnung desselben auf den Regierungsbezirk Wiesbaden geschritten entsprechend einem Wunsche der städtischen Vertretungen und des Kommunalstandes.

Abg. Dr. Döhring (conf.) tritt für eine commissarische Beratung der Vorlage ein.

Abg. Wirth (frei) bestreitet, daß die Vorlage den Wünschen der Wiesbadener städtischen Vertretungen entspreche. Die geläufigen städtischen Vertretungen haben sich mit vier Ausnahmen gegen das Gesetz ausgesprochen.

In Wiesbaden sei man vor Allem deswegen gegen die Vorlage, weil man befürchtet, daß dieser Städteordnung auch eine Landgemeindeordnung folgen werde, welche den Erwartungen nicht entspreche.

Herr Rath Halberstadt erwidert, daß zu einer solchen Befürchtung kein Grund vorhanden sei.

Abg. Barth (frei) meint, daß auf Petitionen aus Nassau nicht zu viel Gewicht zu legen sei. Bei der Beratung der Kreisordnung für Nassau habe dieselbe städtische Vertretung heute in diesem, morgen im entgegengesetzten Sinne petitioniert.

Abg. Lieber (Centr.) hebt hervor, daß die nassauische Gemeindeordnung, die sowohl für die Landgemeinde als auch für die Städte geltet, sich 30 Jahre hindurch als durchaus ausreichend erwiesen habe. Er könne nur wünschen, daß die Regierungsvorlage abgelehnt und daß ein Gegenentwurf angenommen werde, der sich auf eine Änderung der bestehenden Gemeindeordnung beziehe.

Die Vorlage wird an eine Commission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Den Gesetzentwurf für die Provinz Hessen-Nassau mit Auschluß der ehemals bairischen Gediesstheile, betr. die Verleihung der Dienstpflichten des Gesindes, verweist das Haus an dieselbe Commission.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 30. März. Getreidemarkt. Weizen loco rubig, holsteinischer loco 160,00—165,00 — Roggen loco rubig, mecklenburgischer loco 140—145, russischer loco rubig, 104—108 — Hafer und Getreide fittl — Rüböl fittl, loco 48 — Spiritus matt, 70. März 25 1/4 Br. — April-Mai 25 1/4 Br. — Getreide fittl — Umsatz 2

## Bordeaux-Danzig.

Dampfer "Danzig", Expedition von

Bordeaux am 4. April.

## Havre-Danzig.

Dampfer "A. R. Hansen", Exped.

von Havre am 7. April.

## F. W. Hyllested,

Bordeaux,

## Emile Bauzin,

Havre,

## F. G. Reinhold,

Danzig.

(545)

## Siedentop's Nachfolger

## Zahnarzt Peters.

Langgasse 28.

Meine Musikalien-Handlung

habe ich nach Langgasse 65

vis-a-vis der Post verlegt.

(542)

Th. Elsenhauer.

## Musikalien-Leihinstitut

bei F. A. Weber,

Buch-, Kunst- und

Musik-Handlung,

Langgasse Nr. 78.

Günstige Bedingungen.

Grütestes Lager neuer Musiktaten.

Loose der Zoppoter Kinder-Heilstätten-Lotterie a 1. A.

Loose Marienburger Pferde-Lotterie a 1. A. 3.

Loose d. Königsberger Pferde-Lotterie a 1. A. 3.

Loose der Casseler Pferde-Lotterie a 1. A. 3.

Loose der Marienburger Geld-Lotterie (bei der General-Agentur in Berlin bereits vergriffen) a 1. A. 3. 50.

Loose der Ulmer Münsterbau-Lotterie a 1. A. 3. 50. (819)

Loose der Pomm. Provinzial-Thierschau-Lott. a 1. A. 1.

Loose der Wiesbadener Roth-Kreuz-Lotterie a 1. A. 1 bei Th. Bertling, Gerbergasse 2.

Jeden Sonntag eine Nummer

Pro Qu. 325 000.

Herausgeberin:

Frau Bertha Kassin, Echte deutsch-nationalen

Berlin N. 54.

Bei jeder Post 1. A.

## Frauen-Zeitung!

Leitartikel, Nachrichten, Feuilleton, Inserate, Beile 60 S.

325 000 pro Qu.

Ob zu oft ist unser Kummer!

Bur Annahme von Schülerinnen

für den Zeichnungs- u.

Mal-Unterricht

bin ich täglich von 10-2 Uhr bereit.

Marie Dufke,

1. Damm 4, 1 Tr.

gepr. Zeichen- und Turnlehrerin.

Die Holz-Jalousie-Fabrik

von C. Steudel, Fleischberg, 72

(800)

empfiehlt ihre seit Jahren bekannten

und bewährten Holz-Jalousien in allen

Neuheiten zu den billigsten Preisen.

Preisconcur gratis und franco.

Kalt-Öfferte

für Braust und Umgegend.

Hiermit die ergehende Anzeige daß

in diesem Jahre meine Kalt-Sen-

dungen des starker Frostes wegen

eines später eintreffen und bitte

daher meine gebräten Kunden sowie

die Herren Braunternehmer ihre

wertvollen Aufträge baldigst mir zu-

geben zu lassen.

(801)

B. Jahr,

in Braust.

Dung-Grde.

Der in der Großen Allee auf dem

östlichen Sommerwege in Häusern

gesetzte Abriss kann unentgeltlich

abfahren werden.

(812)

Danziger Straßen-Eisenbahn.